

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Montags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich Einzelne Nr. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 3 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Eingeladn 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Diebstahlkassen der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturzentrenbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 124

Mittwoch, 1. Juni

1921

Zur Besoldungsreform.

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Besoldungsausschusses des Sächsischen Landtages gab die Regierung folgende Erklärung ab:

Der Reichsfinanzminister habe nach Veröffentlichung der Besoldungsvorlagen Nr. 41 und 42 mitgeteilt, daß darin verschiedene Bestimmungen enthalten seien, die eine günstigere Regelung der Dienstbezüge der sächsischen Beamten im Vergleich zu den gleich zu bewertenden Reichsbeamten zur Folge hätten. Er sei deshalb bei unveränderter Ausnahme der Vorlagen geneigt, auf Grund des Spracherlasses hiergegen Einspruch zu erheben.

Der Reichsfinanzminister habe eine mündliche Erklärung dieser Frage mit der sächsischen Regierung angeregt, wie dem Ausschuss bereits früher mitgeteilt worden sei. Diese Erklärung habe am 28. Mai stattgefunden und ergeben, daß der Reichsfinanzminister mit allem Nachdruck fordere, daß jede Überwälzung sächsischer Beamter über Reichsbeamte, soweit sie nicht in Sonderheiten der sächsischen Verhältnisse unabweisbar begründet sei, unterbleibe. Er habe hieran nicht nur ein Interesse aus Rücksicht auf die Reichsbeamten, für die zurzeit jede Verbesserung durch die Finanzlage des Reiches vollkommen ausgeschlossen sei, sondern auch in Rücksicht auf die drohende Rücktrittsbewegung unter den vom Reich übernommenen früheren Staatsbeamten.

Die sächsische Regierung stelle sich auf den Standpunkt, daß diese Erklärung des Reichsfinanzministers die erstfällige Erwägung des Ausschusses verdiene. Man müsse sich darüber klar werden, in welchen Punkten man es auf die sachverständige Entscheidung ankommen lassen wolle, und müsse versuchen, diese Punkte auf eine möglichst geringe Zahl zu beschränken. Sie schon gegen die Regierungsvorlage in sachlichen Punkten Widerspruch des Reiches mit Sicherheit zu erwarten, so erscheine es durchaus bedenklich, weitere Überprüfungen vorzunehmen, sofern diese offenbar die Grundzüge der Reichsbesoldungsordnung verletzten. Die Regierung sei selbstverständlich bereit, in eingehender Einzelberatung mit dem Ausschuss zusammenzuarbeiten, um etwaige Unzulänglichkeiten der Vorlage zu beseitigen, sie müsse aber davor warnen, durch umfangreiche Veränderungen weitgehender Wünsche nutzlose Arbeit zu leisten und Zeit zu verlieren. Die Beamtenchaft habe ein dringendes Interesse an einer baldigen Berücksichtigung der Vorlage, das um so schwerer wiege, wenn man die allgemeine politische Lage und ihre künftigen finanziellen Wirkungen ins Auge fasse. Sollen eine große Reihe von Punkten offen, die durch das Reichsgericht erledigt werden müßten, so bestünde die Gefahr, daß die Besoldungsordnung auch in den nichtbeanstandeten Punkten des Zusammenhangs wegen nicht vor Herbst in Kraft gesetzt werden könnte. Die Regierung bittet daher, unverzüglich in die Einzelberatung einzutreten.

Der Ausschuss nahm zu dieser Regierungserklärung eingehend Stellung. Von verschiedenen Seiten wurde auf Grund derselben festgestellt, daß bei einer solchen Stellungnahme des Reiches ein selbständiges Arbeiten des Landtages und des Ausschusses und die Schaffung einer den Wünschen des Landtages voll entsprechenden sächsischen Besoldungsordnung überhaupt nicht möglich sei.

Demgegenüber betonte die Regierung, daß immerhin die Berücksichtigung sächsischer Besonderheiten gefordert werden könne, daß sie nach wie vor bereit sei, die Vorlage auch Berlin gegenüber nachdrücklich zu vertreten, und hierzu die Mitwirkung des Landtages erbittet.

Der Ausschuss beschloß hierauf, nachdem auch den Fraktionen nach Gelegenheit gegeben ist, heute nachmittags zu dieser Regierungserklärung Stellung zu nehmen, in der morgigen Sitzung an der Hand der Petitionen und der von den Beiratsmitgliedern und Fraktionen formulierten Vorschläge in die Einzelberatung einzutreten.

Die Auflösung der Selbstschutzorganisationen.

Berlin, 30. Mai. Die Zeit für die Überwindung der Liste der aufzulösenden Organisationskreise wird, wie wir hören, eingehalten werden.

Die bayerischen Einwohnerwehren.

Eine Erklärung v. Kahr.

München, 31. Mai. In der heutigen Sitzung des Staatshaushaltsausschusses des Landtages gab der Ministerpräsident v. Kahr über die Einwohnerwehrfrage folgende Erklärung ab: Die bayerische Regierung ist in Übereinstimmung mit der Reichsregierung entschlossen, in Erfüllung des Ultimatus in der Entwaffnung der Einwohnerwehr das möglichste zu tun, wobei die Termine tunlichst eingehalten werden. Dagegen hat sie sich nicht entschließen können, ihre bisherige Auffassung aufzugeben, daß die Einwohnerwehr nicht unter die Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages und nicht unter das Gesetz vom 22. März 1921 fallen. Die Reichsregierung wurde gebeten, diese Auffassung den verbündeten Mächten mitzuteilen und nach Möglichkeit zu vertreten. Diese habe sich bereit erklärt, je nach der Stellung des Verbandes wird die Reichsregierung die weiteren Entscheidungen von sich aus treffen, wobei eine lokale Stellungnahme der Staatsregierung selbstverständlich ist.

Weitere 50 Millionen Goldmark.

Berlin, 31. Mai. Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Der Reparationskommission werden heute in Paris weitere 50 Millionen Goldmark in Devisen als zweite Anzahlung auf eine Milliarde Goldmark angeboten, jedoch also jetzt insgesamt 200 Millionen Goldmark angeboten worden sind.

Keine britische Offensive in Kleinasien.

Paris, 30. Mai. Nach einer Davosmeldung aus Athen wird dort die türkische Mitteilung vom Beginne einer britischen Offensive in Kleinasien entschieden in Abrede gestellt.

Die ober-schlesische Grenzregelung.

Paris, 30. Mai. In französischen Kreisen hat man die Zustimmung der englischen Regierung zum französischen Vorschlag über eine Sachverständigen- und Untersuchungskommission für die ober-schlesische Grenzregelung sehr günstig aufgenommen. Diese Kommission soll das Ergebnis der Abstimmung vom 20. März 1921 sowie die wirtschaftliche und geographische Lage der Ortschaften berücksichtigen. Man ist jedoch in Paris der Ansicht, daß eine vorhergehende Versammlung des Obersten Rates nicht erforderlich sei, um diese Kommission zu bestimmen.

Die Volksbefragung in Salzburg.

Salzburg, 30. Mai. Das Gesamtergebnis der Volksabstimmung in Salzburg ist folgendes: Abgegeben wurden 104000 Stimmen, von denen 103000 auf Ja und 800 auf Nein lauten, wä-290 ungültig sind. Somit übersteigt die Wahlbeteiligung 90 Proz. aller Stimmberechtigten.

Ausperrung im Baugewerbe.

Halle, 31. Mai. Zur Abwehr der Auslandsbewegung im Baugewerbe, die in der Provinz Sachsen und in Anhalt im Gange ist, fertigte der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe heute 12 000 Bauarbeiter im Regierungsbezirk Merseburg und in Anhalt aus, darunter 8000 im Neunsaerz.

Die Bergarbeiterbewegung in England.

London, 30. Mai. Im Unterhause erklärte Lloyd George, die Regierung beabsichtige nicht, ein Zwangsgesetz zur Beendigung des Kohlenstreiks einzusetzen. Er erklärte ferner, daß eine Verstärkung der Kräfte der Krone in Irland in Aussicht genommen sei.

Die Verhandlungen über Oberschlesien.

London, 30. Mai. „Daily Telegraph“ zufolge hat die britische Regierung dem französischen Ministerpräsidenten vorgeschlagen, morgen oder übermorgen nach Boulogne eine Konferenz zwischen den ersten Ministern Englands und Frankreichs sowie dem italienischen Botschafter in Paris abzuhalten, um die Einzelheiten des Sachverständigenausschusses zu regeln, dessen Bericht innerhalb einer Woche oder zehn Tagen nach der Zusammenstellung des Ausschusses einer Fassung des Obersten Rates unterbreitet werden könne. Laut „Daily Mail“ hat die britische Regierung dem französischen Vorschlag, einen neuen Sachverständigenausschuss zu ernennen, noch nicht zugestimmt.

Die fünfte Konferenz der Union für den Völkerbund.

Genf, 30. Mai. Die Eröffnungssitzung der 5. Konferenz der Union für den Völkerbund findet am 26. Juni in Genf statt. Präsident Schulthess wird an ihr teilnehmen und eine wichtige Rede halten. Die Sitzung, die unter dem Vorsitz von G. Morozzini, ist öffentlich. Ungefähr 150 Delegierte aus 20 verschiedenen Ländern werden anwesend sein.

Die finanzielle Wiederaufrichtung Österreichs.

London, 30. Mai. Der Finanzausschuss des Völkerbundes hat die Unterredung über die finanzielle Wiederaufrichtung Österreichs abgeschlossen. Als Grundbedingung erachtet er die Reform der Währung durch eine unabhängige Emissionsbank, möglichst baldige Herstellung des Gleichgewichts des Staatshaushalts und sofortige Rehabilitation einer inneren Anleihe in beträchtlicher Höhe.

Briand empfiehlt Mäßigung.

Paris, 30. Mai. In der heutigen Sitzung des Senats wurde über das Budget der von Deutschland zurückzuführenden Ausgaben beraten. Der Generalberichterstatter Chéron erläuterte den Bericht und sagte, die budgetäre Lage sei so, daß noch in diesem Jahre 37 Milliarden für die Ausgaben gesucht werden müßten, auf deren Erstattung man rechnen. Noch im Jahre 1927 müsse man etwa 5 bis 6 Milliarden durch Anleihen aufbringen. Ministerpräsident Briand führte aus: Der Friedensvertrag mache Deutschland zu einem solidarischen Pfande der Alliierten. Frankreich hätte also Ungerechtigkeiten gehabt, wenn es sich isoliert hätte, und zwar in politischer und finanzieller Hinsicht. Gewiß, mit den Alliierten zusammen, im Ruhrgebiete hätte man Einnahmen erzielen können. Die augenblickliche Regierung Deutschlands habe alle ihre Verpflichtungen gehalten und wolle der Welt den Eindruck der vollkommenen Loyalität und des guten Willens geben. Briand ging dann kurz auf die ober-schlesische Frage ein, die er etwa in der gleichen Weise wie in der Kammer behandelte. Sodann hob er hervor, von welcher Bedeutung es für Frankreich sei, die Allianz aufrechtzuerhalten und daß es von Wert sei, angesichts des guten Willens Deutschlands Mäßigung zu zeigen. Als im Verlaufe der weiteren Aussprache General Berichterstatter die vollkommene Entwaffnung Deutschlands forderte, namentlich hinsichtlich der Luftschiffahrt, erklärte Briand, die Frage der Sicherheit habe ihn vor allem anderen beschäftigt. Die Organisation in Bayern, wo ein beunruhigender Geisteszustand herrsche, müsse aufgelöst werden. Wenn Deutschland sich nicht wirklich entwaffe, dann werde man handeln müssen. Wenn Deutschland aber guten Willens sei, werde man mit ihm normale Beziehungen aufnehmen können. Der demokratische Geist müsse sich in Deutschland entwickeln. Damit wurde die Debatte geschlossen.

Die Ruqnieker des französischen Wiederaufbaus.

Von Ernst Reumann.

Paris, im Mai. Auf dem Trümmerfeld der zerstörten Ortschaften und Städte Frankreichs hat sich immer mehr eine neuartige Geschäftswelt breit gemacht, deren Eigenheit darin besteht, daß sie gut verdient, ohne etwas Sichtbares dafür zu leisten. Ihr Geschäft ist es, die für die „Geschädigten“ aufzuwendenden Millionen geschickt in ihre Taschen stecken zu lassen oder diesen die bereits erhaltenen Entschädigungen wieder mit Anstand aus der Tasche zu ziehen. Diese Tatkunde ist der französischen Öffentlichkeit nicht unbekannt. Mit beifolgendem Spott bemerkte kürzlich eine französische Zeitung hierzu: „Tunange, die Figur eines schlauen Kerls bei Nabelhöhe, hatte 63 Arten soidel Geld zu finden, wie er haben wollte, wozu der heimliche Beitrag noch die ehrenvollste war. Unsere Zeitgenossen aber, die heut auf dem Trümmerfeld der zerstörten Städte haufen, kennen tausend und ein Verfahren, um sich aus der Not zu bereichern, wobei die bekanntesten sind: Überschätzung der Schäden, Unterbewertung der Materialien, Ausbeutung der Staatsmagazine, geschickte Übertreibungen, Ausnutzung von Beziehungen, Befehdung der Beamten, kurz, alle Kombinationen eines weiten Bewusstseins, wofür die Kosten letzten Endes der „Geschädigte“ zu tragen hat. Auch von amtlicher Seite wird diese Schwarzherwirtschaft nicht bestritten.“

Aus der Schaar der emigen Ruqnieker des Wiederaufbaus treten drei Typen besonders hervor. Das ist zunächst der sogenannte „Architekt“. Ob der Betreffende, der sich in den zerstörten Gebieten so nennt, diesen Titel wirklich verdient, dürfte in den meisten Fällen sehr zweifelhaft sein. Denn die guten und ehrenwerten Architekten haben ihren Wirkungsbereich im übrigen Frankreich und haben es nicht notwendig, in die Trümmerwüste zu gehen.

Aber da es in den zerstörten Gebieten einträglich ist, Architekt zu sein, so haben sich plötzlich viele diesen Beruf erlernt, ohne dafür eigene eine andere fachliche Vorbildung wie etwas Schreiben, Rechnen und Reden mitzubringen. Das ist nämlich so: In tausend Beratungen hat das Ministerium für den Wiederaufbau die Geschädigten darauf hingewiesen, daß ihre ganzen Schadenersatzanforderungen wie ihre Bauprojekte nur mit Heranziehung von sachverständigen „Architekten“ zu tätigen seien. Die Architekten müßten für Frankreichs Wiederaufbau die eigentlichen „Techniker“ sein. Man hat damit wohl vor allem bezwecken wollen, den Neubauten eine glänzende äußere Form zu geben. Damit waren in den zerstörten Gebieten die Architekten plötzlich geschätzte Leute, und wo Bedarf ist, heißt sich das Angebot schnell ein. Jemandem richtet der Herr Gelegenheits-Architekt schnell ein Bureau ein. Die Geschädigten kommen zu ihm und übertragen ihm die Abschätzung ihrer Schäden. Er veranlaßt diese zu einer übertriebenen Schätzung ihrer Ansprüche, denn er hat an der hohen Summe sein eigenes Interesse, da er sich hiervon bestimmte Kommissionsprozente einberechnet, stellt dann die Aufzeichnung der kantonalen Kommission zur amtlichen Begutachtung zu und steckt seine Gebühren für diese Arbeit ein. Nach Monaten erst bekommt der ahnungslose Geschädigte seine Aufstellung zurück, wobei die Summe nach amtlich festgelegten Maßstäben sehr reduziert worden ist.

Die zweite Kategorie der Ruqnieker ist der sogenannte „Bauunternehmer“. Auch hier sind die wirklich tätigen und tätigen Bauunternehmer anderswo beschäftigt als in den zerstörten Gebieten. Aber Kriegsgewinnler und -schieber sind es zum Teil, die in ähnlicher Weise, wie sie es gewannen, ihr Kapital nutzbringend weiter arbeiten lassen wollen. Sie haben ihr Kapital nicht deshalb etwa für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt, um den Geschädigten zu helfen oder das Vergnügen zu haben, nuncmehr als „Staatsbankrott“ zu gelten. Sie haben sich dadurch den Staat verpflichtet, ihnen bei der durch sie erfolgenden Beschaffung des Materials günstige Bedingungen zu gewähren und in der Verwendung weiteste Bewegungsfreiheit zu lassen. Allerdings hatte dieses Geschäft ein Ende, als die Arbeiter knapp zu werden begannen, die Aufträge geringer wurden und die Gewinn-

Arbeiten gemindert werden mußten. Doch diese Bauunternehmer wußten sich schnell dadurch in die neue Lage zu finden, daß sie die Löhne ihrer Arbeiter entsprechend kürzten. In Frankreich gibt es ja Arbeitslose genug, die froh sind, wenn sie nur arbeiten können. Und schließlich hat man die vielen Fremdbürgern, die Italiener, die Polen, die Portugiesen, die Chinesen, die Annamiten, die Araber, und wie sie sonst heißen, zur Verfügung, die für ein Zeitgeld arbeiten und niemals freien Gehalt mit man mit diesen Kräfte und dieser Art der Arbeit noch nicht mehr erreicht als eine Art Aufwahrung, einige Ausbesserungen und eine Reihe provisorischer Bauten, die schon wieder sanftmütig sind...

Die dritte Gruppe der Interessenten am Wiederaufbau ist unsichtbar. Das sind die Leute in hohen Stellungen, die sich nicht öffentlich, aber durch Hintermänner an den großen Transaktionen beim Wiederaufbau beteiligen. In diese Klasse wird als einer der Hauptvertreter der Wiederaufbauminister Louchere bekanntlich selbst gerechnet. Es sind französische Zeitungen, die ihn mit dem Titel: „trusteur et empereur des ruines“ bezeichnen. Wie weit die Fäden hier in Wirklichkeit reichen, wird schwerlich jemals offen festzustellen sein. Ursprünglich ist aber schon aus diesen Ausführungen, warum der Wiederaufbau der zerstörten Städte und Ortschaften in Nordfrankreich keine Fortschritt macht; weil diejenigen Kreise, die in erster Linie zu seiner Durchführung berufen wären, gar kein Interesse an einer schnellen Ausführung haben!

Die Kriegsschadigung.

Paris, 30. Mai. Um 12 Uhr mittags hat Regierungsrat Dr. Mayer als Stellvertreter des abwesenden Staatssekretärs Bergmann der Reparationskommission 20 Stk Reichswert im Betrage von 200 Mill. Doll. mit folgendem Schreiben übermittelt: Im Auftrage meiner Regierung beziehe ich mich hiermit in Ausführung des Artikels 5 des Zahlungsplanes vom 5. d. M. und in der von der Reparationskommission gewünschten Fassung 20 Stk Reichswert mit dreimonatiger Laufzeit über je 10 Millionen gleich 200 Millionen Standarddollars der Vereinigten Staaten von Amerika zu übermitteln, die sämtlich das Büro der Deutschen Bank, der Bank für Handel und Industrie, der Dresdener Bank und der Disconto-Gesellschaft tragen. Reihe 40 Nr. 1 bis 8 ist zahlbar in New York, Reihe 41 Nr. 1 bis 6 in London und Reihe 42 Nr. 1 bis 6 in Paris. Ein Betrag von 35 733 000 Doll. ist bereits, wie ich der Reparationskommission mit meinem Schreiben vom 28. d. M. mitgeteilt habe, der Federal-Reserve-Bank in New York in der von der Reparationskommission gewünschten Art und Weise zugunsten der Bank de France bez. der Bank von England auf das Konto der Reparationskommission bei diesen Banken überwiesen worden. Die deutsche Regierung bietet ferner der Reparationskommission sofort 15 Mill. Goldmark in französischen Francs an.

Die Verfahren gegen die Kriegsschuldigen.

Leipzig, 30. Mai. Das Urteil im Prozeß Müller vor dem Reichsgericht ist heute mittags 1 Uhr verkündet worden. Der Angeklagte Hauptmann Müller wurde wegen Mißhandlung Untergebener, Zulassung einer Mißhandlung sowie wegen vor-

schriftwidriger Behandlung und Beleidigung Untergebener zu einer Gesamtsstrafe von sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Im übrigen erfolgte Freisprechung. In der umfangreichen Urteilsbegründung im Verzeß Müller vor dem Reichsgericht führte der Präsident u. a. aus: Die schweren Mißhandlungen sind nicht erwiesen, sondern geradezu widerlegt worden. Das Gefangenenslager befand sich hinter der Kampfront. Die dortigen Verhältnisse waren die denkbar ungünstigsten. Mit Nachdruck betont die Begründung, daß der Angeklagte ein pflichtgetreuer dienstfertiger Offizier war, der den Ehre geübt, seine Gefangenen zufriedenzustellen, und der alles getan hat, was in seiner Macht stand, um die nötigen Materialien für das Lager zu beschaffen. Daß der Angeklagte sich zu Ausschreitungen hat hinreißeln lassen, ist durch seinen Dienstverpflichtungen und durch seine Verantwortung an einem Gefangenen veranlaßt worden. Was die einzelnen Fälle betrifft, so ist angenommen worden, daß eine Meuterei nicht vorlag, und daß der Angeklagte sich nicht für berechtigt halten konnte, zur Abwehr der Meuterei so zu handeln, wie er es getan hat. Besonders hervorgehoben wird, daß der von dem englischen Zeugen bezeugte Fall der Reichenhandlung nicht als erwiesen angesehen wird, daß vielmehr diese Zeugenangaben glatt widerlegt worden sind. Im übrigen hat das Gericht die als strafbar angesehenen Handlungen in demselben Sinne beurteilt wie der Oberreichsanwalt. In allen nicht als erwiesen angesehenen Fällen ist auf Freisprechung erkannt worden. Der Zwang der Kranken zur Arbeit ist als der schwerste Fall und das Verbinden als zweischwerster Fall angesehen worden. Das Gericht hat die Gefängnisstrafe gewählt, weil es sich um Mißhandlung Kranker und Unzufriedener, vollständig dem Angeklagten preisgegebenen Gefangenen handelte.

London, 30. Mai. Im Unterhause erklärte der Generalsekretär des Außenministeriums in Antwort auf Anfragen verschiedener Abgeordneter bezüglich des ersten Urteils des Leipziger Reichsgerichts: Die interessierten Mächte warten, bis das Reichsgericht die Prozesse gegen die Kriegsschuldigen beendet hat, um sich dann über ihre Stellung zu den gefällten Urteilen zu beraten. Die Entfristung über das erste gefällte Urteil scheint etwas voreilig zu sein. Man muß erst den ausführlichen Bericht abwarten.

Beschwerde der deutschen Gewerkschaften über die interalliierten Behörden.

Oppeln, 30. Mai. An die interalliierte Kommission in Genua vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde, dem Deutschen Gewerkschaftsbunde und dem Gewerkschaftsring folgende Beschwerde gerichtet worden: „Die interalliierte Kommission hatte am Donnerstag, den 19. d. M., also vor 10 Tagen, den unterzeichneten Gewerkschaftsvertretern in Oppeln das Versprechen gegeben, daß die interalliierten Mächte Maßnahmen getroffen hätten und noch treffen würden, um den gegenwärtigen Zuständen ein Ende zu bereiten. Die Prüfung der vorgetragenen Leiden der ober-schlesischen Bevölkerung, insbesondere der Einwohner der Stadt Rattowitz, wurde von der interalliierten Kommission dem Oberbefehlshaber der interalliierten Truppen übertragen, der nach Rattowitz entsandt wurde. Der Oberbefehlshaber Gratic war wiederholt einige Stunden in Rattowitz. Jemandem erkennbare Tat ist jedoch nicht in die Erscheinung getreten. Die Leiden der Bevölkerung haben sich noch gesteigert. Zur Absperrung der Lebensmittel, der Milch für die

Einschlüsse sowie jeden Verkehrs, und zu den täglichen Gewalttätigkeiten ist seit dem 1. d. M. die Absperrung des Wessels hinzugekommen. Die Stillschließung nimmt zu. Die interalliierten Aufschüßern haben den Bestreben der ober-schlesischen Bevölkerung gegenüber nur Worte und sehen dem verbrecherischen Treiben der Insurgenten tatenlos zu. Kein Bürger ist seines Lebens sicher. Nach wie vor verkehren die französischen Soldaten mit den Insurgenten in der freundschaftlichsten Weise. Wir warnen die interalliierte Kommission noch einmal. Denn sie trägt die Verantwortung vor dem Gesetz und vor dem Gewissen der Welt.“

Berschleppung Deutscher durch die Polen.

Berlin, 30. Mai. Blättermeldungen aus Oberschlesien zufolge sind aus dem von den Franzosen besetzt gehaltenen Stadtteile von Königsbrunn zahlreiche angesehene deutsche Bürger von den Polen verschleppt worden. Darunter befindet sich auch der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Hartmann, der leitender Arzt des Knappschafts-Lazarets in Königsbrunn ist. Der Reichspräsident hat, wie der „Vorwärts“ hört, bereits über das Auswärtige Amt Schritte unternommen, um die interalliierte Kommission zur Befreiung des 65 Jahre alten Abgeordneten zu veranlassen. Laut „Vorwärts“ halten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten von Oberschlesien, die schon während der letzten Sitzungsbauer des Reichstages nicht in Berlin erscheinen konnten, in den von den Polen eingeschlossenen deutschen Städten auf. Sie leiten dort die Maßnahmen zur Verteidigung der Städte gegen die Angriffe der polnischen Aufständigen.

Das Rote Kreuz in Oberschlesien.

Berlin, 30. Mai. In Verfolg der bereits bekanntgegebenen Schritte, die das deutsche Rote Kreuz zugunsten einer Hilfsaktion für Oberschlesien im Beisein mit dem internationalen Komitee vom Roten Kreuz in Genf bei der interalliierten Kommission in Opatowitz eingeleitet hatte, entsandte das deutsche Rote Kreuz den Vorsitzenden des Hamburger Landesvereins A. Sanna nach Opatowitz. Dasselbst trafen gleichzeitig zwei Vertreter des internationalen Komitees vom Roten Kreuz aus Genf ein. Die eingehenden Besprechungen ergaben völlige Übereinstimmung über die zu ergreifenden Maßnahmen. Im Anschluß an diese Besprechungen finden zurzeit Verhandlungen zwischen den Genfer Herren und der interalliierten Kommission in Opatowitz statt.

Verhärterung der polnischen Aufständigen.

Opatowitz, 30. Mai. Bei Landsberg lebhafteste Schieberei der Polen. Der Bahnhof Jambowitz ist von den Aufständigen ausgegeben worden. Jedoch ist der Bahnhof selbst nicht davon immer noch fast von den Polen besetzt. Das Dorf Borowian wurde von den Aufständigen ausgegeben und von uns besetzt. Im Kreise Groß-Streßitz wurden polnische Landen abgewiesen. Aus den Orten Sawa und Kalmowitz sind die Polen abgerückt. In der Nacht zum 30. Mai versuchten die Aufständigen zwischen Kiebane und der Bahnstation Gaussee, durch zwei starke Angriffe den Übergang über die Ober zu erzwingen. Sie wurden jedoch zurückgewiesen. Die Insurgenten haben sich durch Ausschreibungen verstärkt. Raubzüge über angebliche Bestrafungen der Zinkgruben in Lipine durch die Deutschen, die vom Reuterei-Bureau verbreitet wurden, entbehren jeder Grundlage.

Dr. Rathenau Wiederanbau-minister.

Berlin, 30. Mai. Amtlich wird bekanntgegeben: Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers Dr. Walter Rathenau zum Wiederanbauminister ernannt.

Austritt des Reichskommissars für die besetzten Gebiete.

Köln, 30. Mai. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete v. Strod hat sein Amt zurückgetreten, das genehmigt worden ist. Bis zur Ernennung eines Nachfolgers vertritt ihn der Ministerialdirektor v. Brandt.

Die Entwaffnung Bayerns.

München, 30. Mai. Im Staatsbauhauptausschusse des Landtages sollte der Ministerpräsident v. Raue heute die versprochene Erklärung über die politische Lage und die Einwohnerwehfrage abgeben. Der Vorsitzende Abg. Wiegel erklärte jedoch vor Eintritt in die Tagesordnung, der Ministerpräsident habe mitgeteilt, daß er heute noch nicht in der Lage sei, die versprochene Erklärung abzugeben. (Anzahl und Geleitet links.) Er werde morgen früh zur Angelegenheit Stellung nehmen. Der sozialdemokratische Abg. Zimm nannte dieses Verhalten einen eigenartigen Vorgang. Heute weiß man in parlamentarischen Kreisen noch nicht, wie diese wichtige Angelegenheit Bayerns sich abspiele. Das sei ein geradezu unerhörter Vorgang. Es bleibe seiner Partei nichts anderes übrig, als dagegen entschieden Verwahrung einzulegen. Abg. Stang von der Bayerischen Volkspartei erklärte namens der Koalitionsparteien, daß diese es für nötig erachteten, in dieser schwerwiegenden Frage ein völlig klares Bild zu erhalten. Das werde morgen gegeben werden. Deshalb beantrage er, über die Frage heute zur Tagesordnung überzugehen. Daraus entstand bei den Unabhängigen und Kommunisten großer Lärm. Es folgte Zwischenruf, wie „Dann wird die Weisheit über Sie (zu den Würdigen) zur Tagesordnung übergehen.“ Der kommunistische Abg. Kenderl rief: „Das ist ein Einfall sonderbar.“ und zog sich einen Ordnungsruf des Vorsitzenden zu. Schließlich wurde mit den Stimmen der Koalitionsparteien der Übergang zur Tagesordnung beschlossen.

Berlin, 30. Mai. Wie wir erfahren, wird der Reichskanzler am Mittwoch die Stellung der Reichsregierung zur Einwohnerwehfrage Kipp und Kax im Reichstage zum Ausdruck bringen. Entgegen der Meldung eines Montagablaßes wird amtlich mitgeteilt, daß am gestrigen Sonntag eine Kabinettsitzung nicht stattgefunden hat. Dagegen haben zwischen dem einzelnen an der Entwaffnungsfrage beteiligten Ressorts Besprechungen stattgefunden. Bei der bayerischen Regierung besteht durchaus Verständnis für die schwierige Lage, in der sich die Reichsregierung befindet und für die Notwendigkeit der Entwaffnung. Es liegen keinerlei Anzeichen vor, daß sich in der Stellung der bayerischen Regierung etwas geändert habe. Sie bewegt sich vielmehr in derselben Richtung wie die Reichsregierung. Über den Verlauf des gestrigen bayerischen Ministerrates liegen noch keine Mitteilungen vor.

Bürgerlicher Wahlsieg in Braunschweig.

Braunschweig, 30. Mai. Bei der heutigen Stadtwahl hatten die bürgerlichen Parteien (Demokraten, sämtliche rechtsstehenden

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 31. Mai.
* Der Akademische Rat im Verein mit der Lehrerschaft der Akademie der bildenden Künste hat folgende Preise an Bewerber um den Großen Staatspreis 1921, für dekorative und Landschaftsmaler bestimmt, beschlossen:
a) zwei Große Staatspreise von je 3000 M. an den vorjährigen Studierenden der Guggmann-Schule Otto Schubert und den Studierenden der Stern-Schule Otto Meißner,
b) ein Ehrengeld mit dazugehörigem Geldpreis von 500 M. an Stelle des Großen Staatspreises an den Studierenden der Guggmann-Schule August Böckigal,
c) zwei Geldpreise von je 1000 M. an den Studierenden der Stern-Schule Erich Fraasch und den vorjährigen Studierenden der Guggmann-Schule Wilhelm Rudolph.
Die Entwürfe können am Mittwoch, den 1., und Donnerstag, den 2. Juni, von 10 bis 3 Uhr in der Aula des Akademieggebäudes, Büchlicher Garten 2b, unentgeltlich besichtigt werden.

Sächsischer Altertumsverein.

Der diesjährige Studienausflug — infolge der herrschenden Verhältnisse wiederum nur Halbtagspartie — führte am Sonnabend, den 28. Mai, eine stattliche Zahl von Mitgliedern nach Frauenstein i. Erzgeb. Die größte und mit am besten erhaltene Burgruine Sachsens war das Ziel des Ausflugs. Sie wurde nach Einnahme von Kaffee und Kuchen im Waldschloßhotel zu Frauenstein eingehend besichtigt. Führer war ein Frauensteiner Mitglied, Baumeister Göpferl, dessen Verdienst um die Erhaltung der Ruine allen denen bekannt ist, welchen die Pflege der Denkmäler vaterländischer Vergangenheit am Herzen liegt. In einem

malerischen Winkel der Ruine gab er auch einen kurzen Überblick über die Geschichte der Burg Frauenstein. Gegen Ende des 12. Jahrhunderts dürfte sie als Grenzfestung gegen Böhmen angelegt worden sein, wenig später wohl auch der Ort Frauenstein, allerdings ursprünglich sächsisch, nicht wie jetzt westlich der Burg. Bis 1289 im Besitze der Wettiner wurde sie vorübergehend böhmischer und dann Reichsbesitz und war seit 1307 wieder dauernd in der Hand der Wettiner. Diese befestigten mit ihr die Burggrafen von Meißen, welche die bis dahin noch recht enge Burg zur großen Feste und zu ihrer Residenz ausbauten. Die Mittel dazu mag der im 14. Jahrhundert in dieser Gegend aufkommende Silberbau gehöhrt haben. Damals wurde der Ort Frauenstein Stadt. Nach dem Aussterben des Burggrafen von Meißen zog Kaiser Friedrich der Streibare im Jahre 1426 Frauenstein als erledigtes Lehen ein und behauptete es auch gegen die Erbansprüche Heinrichs von Plauen nach Belagerung und Einnahme im Jahre 1438. Die Burg wurde zum Kurfürsten wiederhergestellt — erhaltene Architekturreste weisen starke Ähnlichkeit mit dem Teile der damals gebauten Albrechtsburg in Meißen auf —, aber im Jahre 1473 an die Familie von Schönberg verpfändet, die bis Mitte des 17. Jahrhunderts im Besitze Frauensteins blieb. Die Schönberger bauten sich im Jahre 1566 ein neues Schloß unmittelbar unterhalb der Burg, da die Wohnräume in dieser wenig wohlthätig waren. Die Folge war aber Vernachlässigung der alten Burg, die im 18. Jahrhundert, als das neue Schloß abgebrannt war, gar als Steinbruch zu dessen Wiederaufbau benutzt wurde. Dies führte zu raschem Verfall, beschleunigt durch das rauhe Wetterklima; im Anfang des 20. Jahrhunderts war die einst so stolze Burg nur noch ein großer Schutthaufen. Seit anderthalb Jahrzehnt bemüht man sich unter Baumeister Göpferls Leitung durch Begräbnissen des Schutts, Ausroden der Räume und Ausgrabungen die ganze alte Anlage freizulegen und

der Forschung zugänglich zu machen, sowie die Reste baulich zu sichern. Die herrliche Lage der Burg macht durch den umfassenden Fernblick, den ihr erhaltener Turm gewährt, den Besuch auch dann lohnend, der nicht als Altertumsfreund zu die emporkommt. Nach dem Abstieg von der Ruine besichtigte der Verein noch das im neuen Schloß provisorisch untergebrachte Ortsmuseum von Frauenstein sowie die alte Gottesackerkirche, in der Pfarrer Böhme aus Frauenstein liebenswürdigst bewirte. Im „Goldenen Löwen“ am Markt vereinigte ein zwangloses Abendessen die Mitglieder des Vereins mit den Vertretern der Stadt- und Reichsbehörden. Der erste Vorsitzende, Geh. Reg.-Rat Dr. Ermisch, begrüßte die Anwesenden namens des Vorstandes, Baumeister Göpferl sprach den Gruß der Stadt Frauenstein und der dortigen Ortsgruppe des Deutschen Burgenbundes aus, Staatsminister a. D. Dr. v. Besl, Erzkanzler, dankte dem Vorstand, insbesondere den Geh. Reg.-Räten Dr. Ermisch und Dr. Lippert für die Veranstaltung des Ausflugs, der Schriftführer Geh. Reg.-Rat Dr. Lippert erwiderte den Dank namens des Vorstandes.

Wissenschaft und Technik. Aus Darmstadt.

schreibt man uns: Bei Beendigung der Tagung der Gesellschaft für freie Philosophie (Schule der Weisheit des Grafen Keyserling), die eine Woche dauernd und 10 Vorträge und eine Reihe gesellschaftlicher Veranstaltungen brachte, teilte Graf Keyserling mit, daß die Schule der Weisheit schon jetzt in den Augen der Welt auch als praktische Einrichtung in die Erscheinung tritt. Bei dem ersten Besuch Rabindranath Tagores war bereits beschlossen worden, mit diesem zusammen zu arbeiten. Tagore wird seinem Weten in Indien, an der Spitze der alten Weisheit, die Verbindung mit dem Westen herzustellen. Das gleiche soll in Deutschland geschehen. Man wird versuchen, die Ausdrucksmittel der indischen Philosophie hier verarbeitend aus-

zuwickeln. Auch wirtschaftlich wird dieses Zusammenarbeiten in die Erscheinung treten, in dem Sinne, als von beiden Seiten beständige Schüler, vielleicht auch Führerkräfte, angelehrt werden sollen. Die jungen Leute, die von Indien nach Deutschland kommen, werden zunächst an die Schule der Weisheit verwiesen werden, ebenso umgekehrt. Das gleiche wird auch mit China vorbereitet. Hier hat sich Dr. Karl Wilhelm bereit erklärt, die nähere Verbindung und Vermittlung zu übernehmen, und zwar im Zusammenhang mit seiner Wohnung in Peking, die etwas Ähnliches darstellt wie die Schule der Weisheit. Ein Austausch der qualitativen Empfindungen soll von Kontinent zu Kontinent eine geistige Brücke schlagen. Daraus ergibt sich ein bedeutsames praktisches Moment. Rabindranath Tagore wird am 8. Juni wieder in Darmstadt eintreffen und eine Woche hier verweilen.

Das Forschungsinstitut für Kultur- und Morphologie in München, das der Afrikaforscher Leo Frobenius aus seinem Afrikaarchiv hat herauszuwickeln lassen, wird demnächst mit seinen ersten Arbeiten an die Öffentlichkeit treten. Ziel des Instituts ist die Probleme der Menschheitsgeschichte auf die Dokumente der Prähistorie und das in ihr sich ausdrückende Seelenleben zu stellen und die Kultur der Menschheit wissenschaftlich als organische Einheit zu behandeln.

Als bedeutendes Zeichen für die Fügung eines geistigen Protestantismus ist das Streben auf die Überwindung der Unversitäten und Technischen Hochschulen hingewiesen worden, die nach dem Kriege eingestürzt hat. Die zahllose Entlohnung des Besuches unserer Hochschulen läßt sich aus einer Statistik erkennen, die in der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ gegeben wird. Die Zahl der Studierenden hatte schon vor dem Kriege von Jahr zu Jahr zugenommen und war 1913 auf rund 60 000 gestiegen. Die erhebliche Abnahme, die sich bei Beginn des Krieges naturgemäß geltend machte, wurde schon im Verlauf des Krieges wieder ausgeglichen, und im

Parteien und Mittelstandsvereinigungen) eine wirtschaftliche Einheit aufgestellt. Wie die „Braunschweiger Nachrichten“ melden, erhielten die Bürgerlichen 32 410 Stimmen, die Reichheitssozialisten 8132 Stimmen, die Unabhängigen 17 296 Stimmen und die Kommunisten 4138 Stimmen. Auf die Ministerliste entfielen 3407 Stimmen. Bei den letzten Stadtverordnetenwahlen am 15. Dezember 1918 erhielten die Bürgerlichen (Demokraten und Deutsche Volkspartei), die damals getrennt marschierten, zusammen 22 668 Stimmen, die Reichheitssozialisten 17 140 Stimmen, die Unabhängigen 23 508 Stimmen und die Kommunisten keine.

Das österreichische Defizit.

DA. Wien, 30. Mai
Der nächsten Sitzung des österreichischen Nationalrates wird das Budget unterbreitet werden. Danach beträgt das Defizit für das zweite Halbjahr 26 Milliarden Kronen.

Die Unterseebootflotten der Welt.

DA. London, 30. Mai
In Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage hat die Admiralität dem Parlament eine Aufzählung gegeben, aus der die Größe der Unterseebootflotten der einzelnen Mächte ersichtlich ist. Danach stehen die Vereinigten Staaten mit 107 eingestellten und 41 im Bau befindlichen Unterseebooten an der Spitze. An zweiter Stelle kommt England mit 92 fertigen und 8 im Bau befindlichen Unterseebooten. Italien hat 51 Landboote in Dienst gestellt, Frankreich 49 und 5 im Bau befindliche. Den Beschluß der Liste machen Rußland mit 36 eingestellten und 23 im Bau befindlichen und Japan mit 21 eingestellten und 15 im Bau befindlichen Unterseebooten.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Irland.

London, 30. Mai. Dem „Daily Telegraph“ zufolge hat die Regierung die Aufhebung des Belagerungszustandes in Irland beschlossen.

England gegen den Kämpfendekret.

DA. London, 30. Mai
Der Arbeitsminister Macnamara erklärte im Unterhaus, daß die britische Regierung der Auffassung sei, unter den gegenwärtigen Umständen sei es nicht zweckmäßig, die Bestimmungen der in Washington geschlossenen internationalen Abereinunft, betreffend die Regelung der Arbeitsverhältnisse, in Kraft zu setzen, soweit sie die Arbeitskräfte betreffen. Die Regierung der Vereinigten Staaten würden zwar zur Durchführung gezwungen, jedoch die Bestimmungen über den Kämpfendekret in der englischen Industrie anzuwenden, sei bei den ohnehin schwierigen Verhältnissen nicht anzugehen.

Französische Klagen über die englische Orientpolitik.

DA. Paris, 30. Mai
Im Saale der Société de Géographie hielt dieser Tage im Auftrage des Komitees Duplex Eugen Gobron einen Vortragsabend über die Rechte Frankreichs im Orient, woraus wir folgende Ausführungen hervorheben möchten: Frankreich, selbst als es 1870 geschlagen war, blieb wie Jahrhunderte vorher allmächtig im Orient. Heute, da Frankreich siegreich ist und 1 1/2 Millionen Tote geopfert hat, ist es im Begriff, all die weiten Gebiete zu verlieren, die es

mit seinem Blute getränkt und in langen Anstrengungen und Geldverlusten emporgetracht hat. Es ist im Begriff, seine hervorragende Stellung mehr und mehr einzubüßen und nur noch eine Rolle zweiten Ranges im Orient zu spielen. Wer ist schuld daran? Niemand als unsere englischen Alliierten, die in einer unbegreiflichen Politik des Egoismus und der Habgucht aus der Türkei ein neues englisches Reich machen wollen, ähnlich dem indischen, um so ihre Herrschaft von dem persischen Meerbusen bis zum mittelländischen Meere auszudehnen. England schloß in der Türkei eine Reihe von Staaten, die angeblich unabhängig sind unter der Herrschaft von Fürsten, die nichts weiter als Vasallen Englands sind. Palästina wurde „internationalisiert“, aber ein englischer Beamter steht an der Spitze der Regierung. Der Redner beschwor das Parlament, keinem Abkommen zuzustimmen, das geeignet wäre, die alten Rechte Frankreichs im Orient im allgemeinen und besonders in Palästina zu schmälern.

Das Rücktrittsgesuch des polnischen Kabinetts.

Warschau, 30. Mai. In einem Briefe an den Staatschef aus Anlaß des Rücktrittsgesuchs des Gesamtkabinetts vertrat der Präsident des Reichstages im Namen der Mehrheit die Auffassung, daß die augenblickliche Krisis keine konstitutionellen Ursachen habe, und forderte den Staatschef auf, die Demission des Kabinetts nicht anzunehmen.

Die Arbeiterbewegung in Indien.

London, 30. Mai. Aus Kalkutta wird gemeldet: Die Bewegung der indischen Arbeiter der Textilfabriken, die unter dem Einflusse politischer Agitatoren in Massen das Gebiet von Assam verließen, geht zurück. Die Lage der Arbeiter ist sehr schwierig. So gibt es in Chandpur eine Anzahl Hungerkämpfer, die ihre Forderungen mit einem Kampf fortzusetzen versuchen, um in ihre Heimat zu gelangen. Sie wurden jedoch in Chandpur zurückgehalten, weil sie ihre Forderungen nicht bejahen können. In dem Gebiete greift auch die Cholera um sich. Nach einer späteren Meldung versuchen die Arbeiter, auf einem Dampfer zu dringen. Sie wurden aber vertrieben: 30 von ihnen wurden leicht verletzt.

Örtliche Angelegenheiten.

Treßden, 31. Mai.

Politik in der Schule.

Am 21. April veröffentlichte die „Treßdener Volkszeitung“ und am 7. Mai die „Unabhängige Volkszeitung“ je einen Artikel, in welchem dem Direktor Stecher, pag. der 22. Volksschule in Treßden vorgeworfen wurde, daß er von Schülfern in Schulräumen ein deutschnationales Flugblatt mit heftigem Inhalt habe verbreiten lassen. Daraufhin wurde dem Bezirkschulamt vom Kultusministerium ausgegeben, sofort eine genaue Feststellung des Sachverhaltes vorzunehmen. Damit wurde dem der Lehrrat der 22. Volksschule beauftragt.
Die eingehende Untersuchung hat ergeben, daß Direktor Stecher mit der Sache nichts zu tun hat, in keiner Weise an dem Vorgang beteiligt war und keinerlei Kenntnis von ihm hatte. Sämtliche Mädchen seiner Klasse, 1 a, wurden befragt. Festgestellt ist aber, daß etwa 30 der fraglichen Flugblätter durch Mädchen der Klasse 1 c im Schulhause verteilt wurden, die

von einem etwa 16- bis 17-jährigen Schüler Bräunig, wohnhaft Hauptstraße 64, in die Schule eingeschmuggelt worden sind. Bräunig wird als „Führer des Deutschnationalen Jugendbundes“ bezeichnet. Ein Mädchen, das die Blätter mit verteilte, hat dabei beiläufig geäußert, die „Zettel seien vom Direktor“. Diese Bemerkung ist dann weitergetragen und Anlaß zu dem fraglichen Artikel der beiden genannten Zeitungen geworden.

• Wer in Treßden gewerbemäßig Milch — mit Ausnahme von Dauermilch — im Kleinhandel verkauft, bedarf, auch wenn er nicht in Treßden wohnt, der Erlaubnis. Ferner bedürfen Milchhändler, die außer selbstgewonnener Milch auch die anderer Erzeuger mit zum Verkauf bringen, der Erlaubnis. Wer vor dem 1. Juni 1921 Milch gegen Marken verkauft hat, darf seinen Gewerbebetrieb auch ohne die erforderliche Erlaubnis bis zur Entscheidung über die nachgesuchte Erlaubnis einweisen weiter ausüben. Auf Grund der Bekanntmachung zur Forthaltung unzuverlässiger Personen vom Handel kann die erteilte Erlaubnis zurückgenommen und jeder unmitelbare und mittelbare Handel mit Milch untersagt werden. Mit Gefängnis bis zu 1 Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelt. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Erzeugnisse erkannt werden, auf die sich die Strafbestimmung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht. Der Antrag auf Erteilung der Erlaubnis ist auf besonderen Vordruck zu stellen, die vom 3. Juni ab bei der zuständigen Stadtbezirks-Inspektion zu entnehmen und ebenfalls ausgefüllt wieder einzureichen sind. — Die Amstuhauptmannschaft Treßden-Reustadt hat für ihren Bezirk hiermit im wesentlichen übereinstimmende Vorschriften erlassen.

• Das Polizeipräsidium bittet um um Veröffentlichung folgender Mitteilungen: Es wird erneut auf das Verbot des Betretens fremder Felder und Wiesen, insbesondere der Erbweiden, hingewiesen. Es ist auch noch Einbringung der jetzt ausstehenden Ernte zu beachten, da durch das Betreten der Bodenschwund befördert wird. Die Polizeibeamten haben Anweisung, Zuwiderhandlungen ohne Rücksicht anzusehen. — Wer ökonomisch fremde Handlungsmittel oder -gloden in Bewegung setzt, wird, falls nicht Bestrafung nach § 360 Ziffer 11 des Reichsstrafgesetzbuches zu erfolgen hat, mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haftstrafe bis zu 14 Tagen bestraft.

— Das Bezirkschulamt Treßden I und die hiesigen Körperschaften haben zwei weitere Nachträge zur Volksschulordnung genehmigt. Auf Grund des XVIII. Nachtrags hat der Schulausschuß beschlossen, als Wahltag der Elternratswahlen für alle Volksschulen Sonntag, den 19. Juni, festzusetzen. Die Wahl ist in den betreffenden Schulgebäuden in der Zeit von 9 bis 6 Uhr vorzunehmen. Die zur Wahl verwendeten Stimmzettel müssen von weißem Papier und 9 x 12 cm groß sein.

• Auf vielfachen Wunsch wird die Ausstellung im Schulmuseum des Sächsischen Lehrervereins, Treßden-N., Sebnitz, 19. Hb. II., „Schreiben und Schrift in alter und neuer Zeit“ noch einige Wochen erhalten. In der Abteilung „Stenographie System Gabelsberger“ wird am Sonnabend, den 4. Juni, nachmittags 4 Uhr der bekannte Stenograph Lehrer Köhlig, Sächsisches Schrift-, Vortrags- und Schreibsystem, die Stenographie als Unterrichtsfach in unseren Schulen.“

• Morgen, Mittwoch, abends punkt 1/8 Uhr, spricht im letzten diesjährigen Heimatschutz-Vortrag im Gewerbehaus Hofrat Prof. Dr. Bruno Raumann unter Vorführung einer großen Anzahl kunter Lichtbilder über „Natur- und Kulturlandeskunde im östlichen Erzgebirge“.

• Am 26. Mai hielt der Frauenbund 1914 seine siebente Vertreterversammlung ab. Aus dem Jahresberichte des Bundesvorstandes ist zu erwähnen, daß der Frauenbund seine Fürsorge für Kriegsgeldbesitzer, die er seit September 1914 ausübt, jetzt auch auf die Hinterbliebenen Gefallener ausgedehnt hat. Die Geldbesitzer für milderbemittelte Kriegsgeldbesitzer, die sehr segensreich gewirkt hat in der Zeit der großen Notdurft und Notleidens, wurde, wie von vornherein geplant, ein Jahr nach Friedensschluß, somit Ende des Jahres 1920 eingestellt, jedoch jetzt nur noch Abwicklungsarbeiten im Gange sind. Der Frauenbund wendet sich wieder mehr der Einrichtung von Heimen für Kriegsgeldbesitzer und Hinterbliebenen zu. Zu nennen sind hauptsächlich die vom Bundesamt für Kriegserlöse dem Frauenbund zur Einrichtung und Bewirtschaftung überlassenen Heime Schloß Ostro bei Ransau und das Schwerbehindertenheim in Treßden-Wertheim, sowie das Heim für Berufsunternehmende in Treßden, Albersdorferstraße 9, ferner je ein Heim in Klippha, Leisnig, Reichenbach, Gimmithaus, Kirchberg, Ebersbach und Meinersdorf.

— Ein großer Volksfest zum Beisein der Treßdener Milchpende soll am Freitag, 10. Juni, in sämtlichen Räumen des städtischen Ausstellungspalastes und in dessen prächtigen Parkanlagen stattfinden. Es handelt sich hierbei um eine Veranstaltung größten Stils, deren guter Zweck eigentlich keiner weiteren Empfehlung bedarf. Obwohl die Treßdener Milchpende einen sehr erheblichen Ertrag ergeben hat, reicht dieser doch nicht aus, um eine genügende Versorgung bedürftiger schwächerer und kränklicher Kinder mit Milch zu gewährleisten. Die hierfür benötigten Mittel soll das geplante Volksfest vorzutreiben helfen. Seit Wochen sind die vom Arbeitsausschuß der Treßdener Milchpende (Hauptstraße 32, II., Tel. 20666) getroffenen Vorbereitungen für das Unternehmen im Gange, worüber demnächst Näheres in der Presse mitgeteilt wird.

• „Kann ein Deutscher jetzt noch Pazifist sein?“ Diese Frage behandelte in einem öffentlichen Vortrage am Montag im großen Saale der Kaufmannschaft der Herausgeber der „Welt am Montag“, Hr. Hellmuth v. Gerlach. Diese Vortragsveranstaltung, die guten Besuch aufwies, veranlaßte mehrere Treßdener pazifistische Vereinigungen, in deren Namen Hr. Stadtrat Oberlecher Beck die Eröffnungen begrüßte und dabei den Gedanken des Pazifismus bez. der Vorkriegsentscheidung als eine Hauptfrage der zukünftigen Entwicklung bezeichnete. Hr. v. Gerlach stellte zunächst zwei entgegengesetzte Grundansätze nebeneinander: 1. Macht geht vor Recht und Recht soll vor Macht gehen. Dann charakterisierte er kurz als Pazifisten, wie er in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ in den letzten Grundgedanken ausführlicher behandelte dann der Redner den Weltkrieg und seine Vorgeschichte, der sich durchaus nicht als ein Staatskrieg unseres Volkes erweisen habe. Eine Ausdeutung erhielt im folgenden der Begriff Pazifismus, dessen Anhänger grundsätzlich alle Gewaltmethoden für politische Entscheidungen ablehnten. Es gelte das Schaffen eines neuen Geistes, der die Vorkriegsentscheidung überprüfe. Eingehende Betrachtungen widmete dann der Vortragende der bis 1918 getriebenen deutschen Politik, die unter dem Zeichen des

Wintersemester 1916 war die höchste Friedenszahl überschritten. Bis zum letzten Kriegsjahr lag die Zahl auf 67 644. Allerdings waren damals etwa zwei Drittel aller eingeschriebenen Studenten wegen Kriegsdienstes vom Besuchen der Vorlesungen befreit. Nach dem Kriegsende erfolgte ein weiterer starker Anstieg, der im Wintersemester 1919/20 seinen Höhepunkt erreichte. Seitdem ist ein allmählicher Rückgang erfolgt, der sich im letzten Wintersemester besonders bemerkbar machte. Auch die Zahl der weiblichen Studierenden, die ihr Höchstmäß im Sommer 1919 mit 7946 Studierenden erreichte, geht langsam zurück. Unter den einzelnen Studienfächern ist die Abnahme in der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre am geringsten, während die Zahl der Studierenden in der Medizin, Philosophie und Theologie sich mehr verringert hat. Chemie und Jahreshilfen weisen wieder höhere Zahlen auf. Bei den technischen Hochschulen hält der Anstieg bis in die jüngste Zeit an. Während sich die Zahl der Studierenden in der Architektur vermindert, ist die Steigerung besonders stark im Maschinen- und Ingenieurwesen, in der Elektrotechnik, Chemie und Hüttenkunde. Es werden augenscheinlich die praktischen Fächer beim Studium bevorzugt, welche die verschiedensten Berufsmöglichkeiten aufweisen, während Disziplinen, die den Studierenden von Anfang an auf eine bestimmte Laufbahn festlegen, vernachlässigt werden. Im ganzen aber ist die Zahl der Studenten noch so ersichtlich groß, daß die Gefahr eines großen geistigen Proletariats besteht.

— Ein germanisches Institut ist in Helgingfors begründet worden. Seine Aufgabe besteht in der Veranstaltung allgemeinverständlicher Vorlesungen und Abhandlungen, vornehmlich aus dem Bereiche der geschichtlich sprachlichen Wissenschaften, von Lehrgängen und Förderungsreisen in der deutschen Sprache.

Literatur. Die Kammerspiele in Frankfurt a. M. veranstalteten die Aufführung des Regendenspiels „Die Sankt Jacobssahrt“

von Diepenhagen. Der volle Duktus des Werkes, der lautet: „Die Sankt Jacobssahrt. Ein Regendenspiel in drei Aufzügen v. Diepenhagen. Von Lecherfeld u. Co. Verlag Berlin S. Kuno Tomini 1920“, erspart ein gut Teil Charakteristik, Stofflich und formal, bis in die Prosa der Regendensgabe und der Jahreszahl, bis in die altertümliche Orthographie hinein, will Diepenhagen bestimmen: Ich bin zu allererst ein Übermittler katholischer Legende, mein Dichterrant ist Preuß; meine Wahrheit: Christentum. Diepenhagen fing an mit einer wilden Pubertätsdramatik: Verschleppung eines Kindes zum Tintenbrun; „Meine Skavin.“ Er schrieb eine wertvolle, glühende Tragödie von „Jesu-Christus König“. Der Dichter hat damit die Sinneshöhe durchwandert, dann ließ er den krasen Naturalismus des Kassenmenschen und die vielredende Neoromanik der jüdischen Palastkinder und sagte der „Literatur“ ab. Er hätte sie ganz gewiß „gelohnt“. Er hat in seinen Ursprüngen Einfälle, Theaterflair, geistreiche Pointierung, Charakterzeichnung und alle diese Dinge erwiesen, mit denen man sensationelle Theaterstücke machen kann. Der große Erfolg der „Meine Skavin“ ist Beweis hierfür. Es ist eine wunderbare Eindringlichkeit in Diepenhagens neuem Werke, dieser Jacobssahrt. Sprachlich geistlich wenig; bis zur Dürftigkeit. Man möchte fragen: Darf ein Dichter so wenig Worte machen? Es ist hier auch weniger „Wort“ als edes Spiel, das wirkt. Diepenhagen gliedert und baut eine Handlung. Er scheint auf den ersten Blick doch nur ein begabter Szeniker. Und doch: er findet am Höhepunkt immer die entscheidenden Worte. Unoriginales, biblisch oder literarisch gefärbte Sätze; banal geworden in den Reperitionen des Religionsunterrichts. Ob gewollt oder nicht gewollt — zum mindesten so rein wie die bewußten Groten, Kinderzeichnungen-Äußerer und Wandmalerei-Wagen ist auch der katholische Volkstheaterkünstler Diepenhagen.

Bildende Kunst. Aus Berlin wird berichtet: Zwölf farbige Handzeichnungen zu einer

französischen Operette von Sebaine, deren Originale sich im Privatbesitz von Hr. Werner v. Reichardt befinden, erscheinen in genauer Nachbildung der Originalausgabe von 1771 im Verlag Gustav Henschel, Potsdam. Diese fast vollständigen Zeichnungen sind Arbeiten von Chodowiecki.

— Bei der Versteigerung der Morgan-Williams-Sammlung alter Waffen, die in London stattfand, brachte der erste Tag die Summe von 19 000 Pf. Das berühmte Colman-Panzerkleid aus dem 16. Jahrhundert, das Meisterwerk eines deutschen Waffenschmiedes, wurde für 4600 Guineen nach Amerika verkauft. Ein französisches Panzerkleid, vermutlich für einen Prinzen von Guise verfertigt, erzielte 950 Guineen, ein deutscher Panzer von 1490 880 Guineen. Zwei schottische Legeten gingen für 650 Guineen in den Besitz des New Yorker Metropolitan-Museums über, ebenso eine Art, die Thomas Das in seinem Jovialkampf mit Lalain zu Brügge handhabte. Ein venezianischer Helm von 1480 wurde für 600 Guineen verkauft.

— Der Keramiker August Herbold, früher Fachlehrer an der Kunstgewerbeschule in Straßburg i. E., hat jetzt von der brasilianischen Regierung einen Ruf zur Begründung einer keramischen Industrie erhalten. Herbold nahm an und siedelt im Laufe dieses Sommers nach Rio de Janeiro über. Er war auf den kunstgewerblichen Ausstellungen der letzten Friedensjahre mit künstlerisch wie technisch hervorragenden Arbeiten hervorgetreten, und förderte durch seine neuen Fortschritte, technischen Verbesserungen und künstlerischen Entwürfe die elassische Kleinindustrie außerordentlich.

Theater und Film. Aus Berlin meldet man: Über umfangreiche Theaterpläne, die auf dem Gelände des Landes-Kunstausstellungsparks verwirklicht werden sollen, macht Direktor Barnowsky folgende Mitteilungen: Es sollen nicht weniger als vier Theater errichtet werden.

Eine Experimentierbahn, ein großes Theater, ein Sommertheater und eine Freilichtbahn. An sich könnte der Gedanke, bei den heutigen Bau- und Materialkosten Theatergebäude neu aufzuführen, phantastisch erscheinen. Man glaubt in diesem Fall in der Ausführung des großen zur Verfügung stehenden Geländes die Möglichkeiten zu finden, um die Theater zu bauen und mit künstlerischen Zielen im Betrieb zu erhalten. Es werden im Anschlußspart sozusagen Hilfsbetriebe geschaffen werden, die dem Unterhaltungsbedarf dienen und deren Einnahmen den Theatern zugute kommen sollen. Man wird also etwa das zu schaffen suchen, was der Kunstausstellung in früherer Zeit befristete: einen gesellschaftlichen Mittelpunkt fröhlicher Unterhaltung. Selbstverständlich wird ein Kinotheater nicht fehlen; man denkt sogar daran, hier große Kellern für Filmvorführungen zu etablieren. Der Gesamtbetrieb mit Einschluß der Restauration wird einem Konjunktiv unterliegen, an dessen Spitze ein Generaldirektor treten soll. Direktor Barnowsky wird nur mit der Leitung der vier Bühnen zu tun haben. Die künstlerische Tätigkeit, die er bisher im Lessing-Theater ausübt hat, gedankt er in dem großen Hause unverändert fortzusetzen. Auf der Experimentierbahn will er zusammen mit Malern und Architekten die neuen Ziele der Bühnenkunst verwirklichen helfen. Die Sommerbühne soll die Theaterische des Publikums in der besten Jahreszeit überwinden, indem sie leichte Kost bietet, wie es früher Berliner Sommerbühnen auch schon getan haben, aber unter Wahrung einer künstlerischen Hygiene. Endlich gibt das Freilichttheater, das vor den Terrassen des Hauptparkes errichtet werden soll, Gelegenheit, die Möglichkeiten des Naturtheaters vor dem Berliner Publikum zu erproben.

Amtlicher Teil.

Berordnung über die Befreiung des Staates von der Kapitalertragsteuer vom 26. Mai 1921.

Nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 des Kapitalertragsteuergesetzes vom 29. März 1920, R.G.B. S. 345, sind u. a. die in § 2 Abs. 1 Nr. 1, 4, 5 und 7 bezeichneten Kapitalerträge, die den Abnehmern zufließen, von der Kapitalertragsteuer befreit.

Auf Antrag und mit Zustimmung der Beteiligten wird hiermit nach § 100 a Absatz 2 und 3 in Verbindung mit § 100 b der Gewerbeordnung angeordnet, daß mit Wirkung vom 23. Juni 1921 der Ort Hausdorf aus dem Bezirke der Schloß- und Schmiede-Jungfrau (Zwangsgemeinschaft zu Zwickau) ausgegliedert hat.

Ernennungen, Veretzungen u. im öffentlichen Dienste.

Ministerium des Innern. Angestellt: Assessor Klotz bei der Amtsh. Bautzen als Regierungsdirektor. — Der Anstellungsbefehl-Inhaber Klotz als Amtshilfe bei der Amtsh. Glauchau 16. 6. 21. — Verlegt: Oberregierungsrat Schwandt von der Amtsh. Bautzen in das Ministerium des Innern 1. 5. 21.

Arbeitsministeriam.

(Gewerbeaufsicht.) Verlegt: Dieh, Regierungsdirektor in Kuerbach zum Gewerbeaufsichtsdirektor (22. Mai); Diekmann, Regierungsdirektor in Wurzen zum Gewerbeaufsichtsdirektor (22. Mai).

Wirtschaftsministeriam.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: 1. auf Blatt 5903, betr. die Aktiengesellschaft in Firma Aktiengesellschaft für Glasindustrie vorm. Friedr. Siemens in Dresden: Gesamtprokura ist erteilt dem Kaufmann Reinhold Seuber in Dresden; er ist berechtigt, die Gesellschaft mit einem anderen Prokuristen zu vertreten;

Ministerium des Innern.

Angestellt: Assessor Klotz bei der Amtsh. Bautzen als Regierungsdirektor. — Der Anstellungsbefehl-Inhaber Klotz als Amtshilfe bei der Amtsh. Glauchau 16. 6. 21. — Verlegt: Oberregierungsrat Schwandt von der Amtsh. Bautzen in das Ministerium des Innern 1. 5. 21.

Auf Blatt 190 des Genossenschaftsregisters, betr. die Landesgenossenschaft für Fleischer, Ein- und Verkauf des sächsischen Schneidergewerbes, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Dresden, ist heute eingetragen worden:

Der Statut vom 27. Juni 1920 ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 28. Februar 1921 hinsichtlich der Bestimmung über den Gegenstand des Unternehmens (§ 1) geändert worden. Dem Gegenstand des Unternehmens ist hinzugefügt worden: Der Geschäftsbetrieb erstreckt sich auch auf Nichtmitglieder.

Auf Blatt 16448 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft „Straphia“ Plakat- und Papierwaren-Fabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden und weiter folgendes eingetragen worden:

Der Gesellschaftsvertrag ist am 24. März 1921 bez. 6. April 1921 und 2. Mai 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Beschaffung von Rohmaterialien zur Unterbringung derjenigen Personen, welche die Gesellschaft als Zivilinquanten in Gemäßheit des Ortsgesetzes vom 17. März 1919 in den von ihnen in ihren Häusern bez. Mietwohnungen benutzten, bez. zum Wohnen bestimmten Räumen unterzubringen verpflichtet sind und die ihnen von der zuständigen Behörde als Zivilinquanten zugewiesen worden sind, bez. zugewiesen werden.

Auf Blatt 16449 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft „Straphia“ Plakat- und Papierwaren-Fabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitz in Dresden und weiter folgendes eingetragen worden:

Der Gesellschaftsvertrag ist am 20. Mai 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer graphischen Anstalt, sowie die Herstellung von Papierwaren, Plakaten und Bekleidungsartikeln jeder Art, sowie der Handel mit solchen, der Erwerb von oder die Beteiligung an gleichartigen Unternehmen sowie die Ausführung aller Handelsgeschäfte, welche mit dem Gegenstand des Unternehmens in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen.

Auf Blatt 21 des Genossenschaftsregisters, betr. die Genossenschaft Dresdner Spar- und Bauverein, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Dresden, ist heute eingetragen worden:

Der Statut ist heute geändert worden: Der Vorsitzende des Vorstandes ist nicht mehr Mitglied des Vorstandes. In Mitgliedern des Vorstandes sind bestellt der Oberregierungsrat Dr. phil. Richard Moritz Höpke und der Bezirksmeister Julius Köpke, beide in Dresden.

Auf Blatt 671 des Handelsregisters, die Gewerkschaft unter der Firma Alle Hoffnung Gottes Erdholla zu Kleinwiesenberg in Kleinwiesenberg betr., ist heute eingetragen worden:

Der Statut ist heute geändert worden: Der Vorsitzende des Vorstandes ist nicht mehr Mitglied des Vorstandes. In Mitgliedern des Vorstandes sind bestellt der Oberregierungsrat Dr. phil. Richard Moritz Höpke und der Bezirksmeister Julius Köpke, beide in Dresden.

Auf Blatt 888 des Handelsregisters, die Firma Kadebauer & Co. in Kadebaur betr., ist heute eingetragen worden:

Der Statut ist heute geändert worden: Der Statut ist im § 29 abgeändert. Abschnitt des Statutes Nr. 97 der Registerlisten. Die höchste Zahl der Geschäftsanteile, auf welche ein Genosse sich beteiligen kann, beträgt fünfzehn.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 600, betr. die Aktiengesellschaft unter der Firma Vereinigte Bierbrauerei zu Leipzig in Leipzig: Der Gesellschaftsvertrag vom 28. Dezember 1885 ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 18. April 1921 laut Notariatsprotokoll von diesem Tage in den §§ 1, 11, 15 und 19 abgeändert worden.

25, 26 und 28 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Fortführung des im Jahre 1745 gegründeten Geschäfts der Firma Riquet & Co. in Leipzig und Gaußig, wie überhaupt der Betrieb des Handels mit Tee, Kakao, Schokolade, Waffeln, China- oder Japan-Waren und ähnlichen Artikeln, sowie die Fabrikation von Kakao, Schokolade und ähnlichen Artikeln, auch der Erwerb und der Betrieb damit zusammenhängender Geschäfte und Unternehmungen und die Beteiligung an solchen.

2. auf Blatt 1727, betr. die Firma Teutische Uhrenfabrik Poppi & Co. Kom. Ges. Leipzig in Leipzig: Prokura ist erteilt dem Kaufmann Friedrich Schilling in Leipzig;

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 12062, betr. die Firma Automobil-Aktiengesellschaft in Leipzig, Zweigniederlassung: Prokura ist erteilt dem stellvertretenden Direktor Felix Zschauer in Dresden. Demrich Rudolf Krum ist als Mitglied des Vorstandes ausgeschieden;

3. auf Blatt 17611, betr. die Firma Electrica Union, Gesellschaft mit beschränkter Haftung Leipzig in Leipzig: Alfred Gustav Reinhold Wulst ist als Geschäftsführer ausgeschieden.

4. auf Blatt 19834, betr. die Firma Holsteinische Pflanzendünger-Gesellschaft Lehmann & Co. in Leipzig: Marianne Karoline Friederike Verheul Kruse geb. Lehmann ist als Geschäftsführerin ausgeschieden;

5. auf Blatt 19233, betr. die Firma Anton J. Benjamin in Leipzig, Zweigniederlassung: Prokura ist dem Kaufmann Hans Claus Johann Weidner in Hamburg erteilt. Er darf die Firma nur in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen vertreten;

6. auf den Blättern 16557, 17968, 19199, betr. die Firmen Richard Grieb, Alfred Habermann und Alfred Joch, sämtlich in Leipzig: Die Firma ist erloschen.

Auf Blatt 119 des Genossenschaftsregisters, betr. die Einhaftsgenossenschaft des Vereins der Iglarner und Tabakhandler von Leipzig u. Umgegend, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig, ist heute eingetragen worden:

Das Statut ist im § 29 abgeändert. Abschnitt des Statutes Nr. 97 der Registerlisten. Die höchste Zahl der Geschäftsanteile, auf welche ein Genosse sich beteiligen kann, beträgt fünfzehn.

Auf Blatt 119 des Genossenschaftsregisters, betr. die Einhaftsgenossenschaft des Vereins der Iglarner und Tabakhandler von Leipzig u. Umgegend, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig, ist heute eingetragen worden:

Das Statut ist im § 29 abgeändert. Abschnitt des Statutes Nr. 97 der Registerlisten. Die höchste Zahl der Geschäftsanteile, auf welche ein Genosse sich beteiligen kann, beträgt fünfzehn.

Auf Blatt 119 des Genossenschaftsregisters, betr. die Einhaftsgenossenschaft des Vereins der Iglarner und Tabakhandler von Leipzig u. Umgegend, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig, ist heute eingetragen worden:

Das Statut ist im § 29 abgeändert. Abschnitt des Statutes Nr. 97 der Registerlisten. Die höchste Zahl der Geschäftsanteile, auf welche ein Genosse sich beteiligen kann, beträgt fünfzehn.

Auf Blatt 119 des Genossenschaftsregisters, betr. die Einhaftsgenossenschaft des Vereins der Iglarner und Tabakhandler von Leipzig u. Umgegend, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig, ist heute eingetragen worden:

Das Statut ist im § 29 abgeändert. Abschnitt des Statutes Nr. 97 der Registerlisten. Die höchste Zahl der Geschäftsanteile, auf welche ein Genosse sich beteiligen kann, beträgt fünfzehn.

Auf Blatt 119 des Genossenschaftsregisters, betr. die Einhaftsgenossenschaft des Vereins der Iglarner und Tabakhandler von Leipzig u. Umgegend, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig, ist heute eingetragen worden:

Das Statut ist im § 29 abgeändert. Abschnitt des Statutes Nr. 97 der Registerlisten. Die höchste Zahl der Geschäftsanteile, auf welche ein Genosse sich beteiligen kann, beträgt fünfzehn.

Auf Blatt 20116 des Handelsregisters ist heute die Firma Eduard Brandt Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig eingetragen...

Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Geschäftsführer sind Eduard Brandt, der in Leipzig...

Stammeslage in die Gesellschaft von dem ihr gehörigen, auf Blatt 321 des Grundbuchs für Leipzig-Wohlis...

Auf Blatt 144 des Grundbuchs für Leipzig-Wohlis ist heute eingetragen worden: Ernst Gustav Karl Ritz...

Auf Blatt 168 des Grundbuchs für Leipzig-Wohlis ist heute eingetragen worden: Ernst Gustav Karl Ritz...

Im Handelsregister hier wurde heute auf Blatt 765 über die offene Handelsgesellschaft Scher & Raly in Weissen eingetragen...

Auf Blatt 683 des Handelsregisters für den Landkreis Pirna ist heute eingetragen worden: die offene Handelsgesellschaft in Pirna Helm & Köhner...

Über das Vermögen der Konkursproduktionsherrschaft Anna Böhme vertritt Schöke geb. Luffert in Pirna, Kreisamtstap 12, ist am 27. Mai 1921...

In das Handelsregister ist heute auf Blatt 98 eingetragen worden: Die Firma Pharmazeutisches Laboratorium Dr. Rabanus u. Co. Das Handels-

geschäft ist Zweigniederlassung der in Bonn bestehenden Hauptniederlassung. Geschäftsführer sind: a) der Kaufmann Hans Rabanus in Bonn...

Auf Blatt 286 des Handelsregisters ist heute die Firma L. B. Stolle & Co., Schneidwarenherstellung in Bilitzen und weiter folgendes eingetragen worden: Geschäftsführer sind a) der Kaufmann Ernst Richard...

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden: a) auf Blatt 554 und Blatt 2176, die Firmen Ernst Richter Adolph Hoffmann und Adolf Malzberger...

Nach Beendigung des Verfahrens über die Nichtigkeitsklärung der Einlagebücher dieser Sparbank Nr. 34188 für Bruno Edwin Weizer...

Sächsische Angelegenheiten.

Chemnitz. Die hiesige höhere Weibschule und Weberschulung bringt heute ihren von Dr. Gewerbeoberinspektor Prof. Gräbner erstatteten Jahresbericht über das 64. Schuljahr 1920/21 zur Ausgabe...

Jwidau. Bei einer Abstimmung über die Frage, ob Jwidau nach Plichtentanne einverleibt werden soll, wurden 115 Stimmen gegen und 84 Stimmen für die Einverleibung abgegeben...

Die Rittersmeister Sackens hielten hier vom 11. bis 13. Juni ihren Landesverbandstag ab.

Albha. Der Bezirksrat der Amtshauptmannschaft Flöha beschloß die Erhebung einer Langtourneengebühr, von deren Erträgen den Gemeinden 50 Proz. zuzuführen sollen.

Kae. In der Stadtverordnetenversammlung wurden 3 Mill. M. zur Umgestaltung des Gaswerkes bewilligt. Wie mitgeteilt wurde, bewegt sich die Entwicklung der künftigen Sparkasse in ständig steigender Linie.

Planitz. In einer gemeinschaftlichen Sitzung der Gemeinderäte von Ober- und Niederplanitz wurde beschlossen, die beiden Gemeinden zu einer zu verschmelzen.

Sachsen. Hier ist ein zweiter Hausbesitzerverein gegründet worden. Es ist eine ausgedehnte Kampforganisation und wurde von einigen besonders interessierten Reichsbesitzern ins Leben gerufen.

Sport.

4. Sächsisches Reiterturnfest (16. bis 18. Juli in Dresden)

Das Fest, das bekanntlich auf dem Bogdewitzgelände abgehalten wird, beginnt am Sonntag, den 16. Juli, vormittags 10 Uhr mit dem Hinfahrt der männlichen Teilnehmer (100-m-Mann, Weitspringen, Stabhochsprünge, Steinwerfen und Ringen)...

Die Reiterturnfesten von Sachsen, die nur für Dauerfahrer offen ist, die in Sachsen ihren Wohnsitz haben, wird am nächsten Sonntag auf der Weltreitschule in Dresden-Neiß ausgeführt.

Union, schreibt für Sonntag, den 12. Juni, ein 100 km-Rennen um das „schwarz-weiße Band“ aus. Startberechtigt sind alle Weltreitsportler der Deutschen Reitsport-Union.

Bücherbesprechungen.

* Halgeber für die Kriegsbeschädigten aller geistigen Berufe zur Nachweisung geeigneter Erwerbsmöglichkeiten. Im Auftrage des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenenherausgeber von Felix Kraus. 1920. 164 Seiten. Preis brosch. 12 M., geb. 18 M.

* Die Ilustrirte Zeitung (Verlag von J. J. Weber in Leipzig) bringt in ihrer neuesten Nummer 4048 wieder eine Fülle des Interessanten und Interessanten. Reichhaltigste Beiträge wie „Die Freude am Buche“...

* Spaniel der große Lump. Roman von Hermann Wagner. Leipzig, Paul Zöbel Verlag. Überschwemmung eines Landes mit falschem Gelde zwecks Herbeiführung anarchistischer Zustände ist als ein Schmalzmittel wider Revolutionen...

Neue Musikalien. In der Reihenfolge der Serie „Musik für Alle“ (Münchener Verlag, Berlin) erschien neben Nr. 172 ein solches, das als Delibes' Ballett „Coppelia“ gewidmet ist.

* Die „Ilustrirte Zeitung“ (Verlag von J. J. Weber in Leipzig) bringt in ihrer neuesten Nummer 4048 wieder eine Fülle des Interessanten und Interessanten. Reichhaltigste Beiträge wie „Die Freude am Buche“...

Invalidentant

Berein zur Hebung der wirtschaftlichen Lage deutscher Invaliden. Dresden, König-Johannstraße 8. Mitglieder-Nachnahme für alle Zeitungen (einstufige Mitgliedsbeiträge).

Parteibewegung.

Dresden, 31. Mai. Schon am Abend fand in der... eine öffentliche Versammlung statt, an der... Die Aufgabe des deutschen Volkes' hielt...

Bismarck'sche Seite, ihr Hand im Spiele hatten... Verhandlungen wurde in einem kleinen Hotel...

Dresden, 30. Mai. Ein schweres Unglücksereignis... hat sich in der Nacht zum Sonntag ereignet...

Wiesbaden, 30. Mai. Aus einer tiefen... Privatwohnung wurde ein Gemälde von Rubens...

Leipzig, 30. Mai. Der Rechtsanwalt... Priem wurde mit einem Monat Gefängnis...

Rannheim, 30. Mai. Auf dem Wege von... Mannheim nach Weinheim prallte ein Kraftwagen...

Koblenz, 30. Mai. 186 Interzessierte und... Mannschaften der amerikanischen Seemannsarmee...

Wien, 30. Mai. Das französische Kriegsgericht... hat zwei Maschineristen, die am Pfingstfest...

Karlsruhe, 30. Mai. Süddeutschland ist... in der letzten Woche von außerordentlich heftigen...

Danzig, 30. Mai. Danziger Arbeiter, die in... den Danziger Gewässern fischten, wurden von...

Theater, Konzerte, Vorträge.

Mitteilungen der Sächsischen Staats-... theater. Opernhaus. Donnerstag, 2. Juni...

Morgen, Mittwoch, 1/5 Uhr im Künstlerhaus... wieder Opertheater-Vorstellung zum Besten...

Hochschule. Sonntag, den 5. Juni:... Studentenrat Joh. Dahnert: Erdkundliche...

Land- u. Forstwirtschaftliches.

Der Sächsische Forstverein hält seine... jährliche Jahresversammlung vom 21. bis 23. Juni...

Verhandlungen über Maßnahmen zur... unter Berücksichtigung der Umwälzungen...

Leipzig. Gelegenheit der Wanderausstellung... der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft...

Volkswirtschaftliches. Deutsche Bauern, Aktiengesellschaft... in Leipzig-Gohlis.

Die bereits im letzten Jahresbericht angelegte... Kapitalerhöhung beschloß die Generalversammlung...

Die Kritik der Luxemburger Eisenindustrie... Luxemburg, 30. Mai. Die Verwaltung der...

Bank-, Land- und Wäsen-Gesellschaft. Die... 'Dona' erfährt, ist die Kurssteigerung...

Ein französischer Staatsantrag für die... Saarbrücken, 30. Mai. Bei der Rai-Submission der...

Schrotfabrik aus dem Saargebiet. Saarbrücken, 30. Mai. Die französische...

Keine Übertragung der amerikanischen... New York, 30. Mai. Gary, der Vorsitzende der...

Die zweite internationale Baumwollkonferenz... in Manchester. Manchester, 30. Mai.

Beizetern liegen bereits vor. Hauptzweck der... Konzepte soll es sein, ein enges Zusammenarbeiten...

Die Jahresbilanz der Stoba-Werke. Prag, 30. Mai. In der Generalversammlung der...

Norwegische 200-Millionen-Kronen-Anleihe. Christiania, 30. Mai. Der...

Lingner-Werke Aktiengesellschaft in... Dresden. Wie wir hören, hat der...

Karl Hamel, Aktiengesellschaft, Schönau bei... Chemnitz. Der Aufsichtsrat beschloß...

Anteilige Berliner Kurse vom 30. Mai. Deutsche Reichsanleihe 77,50...

Anteilige Berliner Kurse vom 30. Mai. Deutsche Reichsanleihe 77,50...

Anteilige Berliner Kurse vom 30. Mai. Deutsche Reichsanleihe 77,50...

Anteilige Berliner Kurse vom 30. Mai. Deutsche Reichsanleihe 77,50...

Anteilige Berliner Kurse vom 30. Mai. Deutsche Reichsanleihe 77,50...

Anteilige Berliner Kurse vom 30. Mai. Deutsche Reichsanleihe 77,50...

Anteilige Berliner Kurse vom 30. Mai. Deutsche Reichsanleihe 77,50...

Anteilige Berliner Kurse vom 30. Mai. Deutsche Reichsanleihe 77,50...

Anteilige Berliner Kurse vom 30. Mai. Deutsche Reichsanleihe 77,50...

Table with 4 columns: Kurs, 31. 5., 30. 5., 29. 5. and 28. 5. containing various stock and bond prices.

Tageschronik.

Dresden, 30. Mai. Eine große Kapitulat... führung, die unmittelbar vor der...

Die zweite internationale Baumwollkonferenz... in Manchester. Manchester, 30. Mai.

Die zweite internationale Baumwollkonferenz... in Manchester. Manchester, 30. Mai.

Die zweite internationale Baumwollkonferenz... in Manchester. Manchester, 30. Mai.

Dresdner Börse, 30. Mai 1921.

Table of stock market prices for various companies and bonds, including 'Deutsche Staatspapiere', 'Bayerische Staatspapiere', and 'Verschiedene Anleihen'.

Table of stock market prices for various companies and bonds, including 'Böhmische Staatspapiere', 'Preussische Staatspapiere', and 'Verschiedene Anleihen'.

Table of stock market prices for various companies and bonds, including 'Sächsische Staatspapiere', 'Preussische Staatspapiere', and 'Verschiedene Anleihen'.

Table of stock market prices for various companies and bonds, including 'Preussische Staatspapiere', 'Sächsische Staatspapiere', and 'Verschiedene Anleihen'.

Table of stock market prices for various companies and bonds, including 'Preussische Staatspapiere', 'Sächsische Staatspapiere', and 'Verschiedene Anleihen'.

Table of stock market prices for various companies and bonds, including 'Preussische Staatspapiere', 'Sächsische Staatspapiere', and 'Verschiedene Anleihen'.

* Rückblicklicher. Die den einzelnen Wertpapieren vorgezeichneten Ziffern bedeuten die Zinstermine, die nachfolgenden die Prozentfüße der letzten Dividenden.

Für unser Gaswerk, verbunden mit Hochdruckwasserleitung und Elektrizitätsversorgung, suchen wir zu baldigem Eintritt einen soliden, zurechnungsfähigen Betriebsleiter, der kaufmännisch und technisch so vorgebildet ist, daß eine gute Wirtschaftlichkeit der Werke garantiert wird. Gehaltsklasse 8 der Staat. Besoldungsordnung und Gewinnbeteiligung. Schöne Dienstwohnung im Gaswerk.

Gehende mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis zum 25. Juni a. e. erbeten. 1972 Stadtrat Wladhütte (Ea.), am 29. Mai 1921.

Verwaltungsregistrator (Stettiner) für sofortige Aufnahme nach Gruppe VI. Bei Bewährung Aufstufung nach Gruppe VII. Genehmigung der Aufsichtsbehörde vorausgesetzt, in Aussicht. Zurzeit Dienstklasse D.

Bewerber, mindestens 21 Jahre alt, die eingehende Kenntnisse in der Allgemeinen Verwaltung, im Gemeinde- und Girostellenwesen und in der Erwerbslosenfürsorge besitzen, organisatorisch veranlagt und durchaus in der Lage sind, die Verwaltungsgeschäfte sicher und selbständig zu verwalten, sowie den Gemeinde- und Girostellenposten vertreten zu können, wollen Gesuche mit begl. Zeugnisabschriften und Lebenslauf unter Angabe des Eintrittstermines bis zum 9. Juni 1921 einreichen. Wohnung für verheiratete Bewerber ist nicht vorhanden. Ratlersdorf, Bez. Leipzig, am 28. Mai 1921.

Der Gemeinderat. 1969

Kauzlehrlingsarbeiten für Weidmann und Schreibmaschine zum sofortigen Eintritt gesucht. Bewerbergesuche mit Gehaltsansprüchen bis zum 10. 6. 1921. 1970 Gemeindevorstand Sommerfeld b. Lpz.

Wasserkräfte der Elbe und Moldau. Schmelzwerke Wasserwerk Schmelzwerke b. Lpz. 30. Mai - 30 - 60 - 29 + 56 - 44 - 189 31. Mai - 14 - 56 - 30 + 45 + 56 - 25 - 186 Wärme der Elbe 22 1/2 Grad C.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt

Bei der am 4. Mai 1921 erfolgten notariellen Auktion von Pfandbriefen unserer Anstalt sind folgende zur Rückzahlung am 1. Juli 1921 gezogen worden:

Table listing bond series and amounts, including '4% Pfandbriefe Serie IX', '3 1/2% Pfandbriefe Serie X', and '3 1/2% Pfandbriefe Serie XI'.

bei der Direction der Deutsches-Gesellschaft

in Berlin und deren sämtlichen Niederlassungen in Empfang genommen werden.

Table listing bond series and amounts, including '4% Serie IX Lit. A zu 500 Mark Nr.: 157, 317, 374, 573, 1584, 1693, 1991, 2217, 2295, 3134, 3640, 3859, 4111, 4303, 4756, 4992, 5524, 5553, 5563, 5669, 6327, 6607, 6784, 7421.'

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt

Peterfen. Dr. Schoen.

Gewerkschaft Gottes Segen zu Lugau.

Nachdem gemäß Gewerkschaftsvertrag vom 7. Juli 1920, welcher in der Gewerkschaftsversammlung vom 2. August 1920 genehmigt worden ist, das gesamte Eigentum der Gewerkschaft Kaisergrube zu Gerbersdorf (Bez. Chemnitz) mit allen Rechten und Pflichten auf die unterzeichnete Gewerkschaft Gottes Segen zu Lugau übergegangen ist, hat diese auch die Führung der Anteile der Gewerkschaft Kaisergrube vom Jahre 1910 übernommen.

In Gemäßheit der Anleihebedingungen für die

Ausnahme der 4 1/2%igen Teilschuldverschreibungen vom Jahre 1910 wird hierdurch bekanntgegeben, daß bei der am 25. Mai dieses Jahres erfolgten planmäßigen Auslosung von den Stücken zu Nr. 1000. — die Nummern:

Table listing bond numbers and amounts, including '47. 50. 60. 64. 82. 107. 135. 136. 142. 165. 166. 201. 208. 223. 224. 228. 252. 272. 314. 338. 351. 369. 388. 394. 424. 425. 448. 458. 486. 507. 523. 528. 534. 566. 575. 590. 594. 619. 627. 633. 637. 696. 752. 760. 766. und von den Stücken zu Nr. 500. — die Nummern: 816. 845. 904. 905. 920. 941. 959. 1046. 1079. 1085. 1100. 1103. 1147. 1158.'

gegenüber der darauf entfallenden Beträge erfolgt am 31. Dezember 1921 bei:

Table listing bond numbers and amounts, including 'der Kasse der Gewerkschaft in Lugau, der Reichsbank Abt. der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Juidau, der Reichsbank Abt. der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt vorm. Deutschl. & Schult, der Sächsischen Staatsbank, gegen Einlieferung der fälligen Teilschuldverschreibungen netto Zinsscheinen und nicht fälligen Zinsscheinen. Von früheren Auslosungen sind noch rückständig von den Stücken zu Nr. 1000. — aus dem Jahre 1912 die Nummer 26, 1916 - 23, 1917 - 27, 1920 - Nummern 22. 150. 713. 739. von den Stücken zu Nr. 500. — aus dem Jahre 1920 die Nummer 966, worauf zur Vermeidung weiterer Zinsverluste hiermit aufmerksam gemacht wird. 1954 Lugau i. Ursgeb., den 27. Mai 1921. Gewerkschaft Gottes Segen. Aug.

Advertisement for Viktoria-Theater featuring 'ERNA ARIA' and 'Der Mann ohne Nerven'.

Advertisement for Kleeblatt-Butter from Dresdner Molkerei Gebrüder Pfund.

Advertisement for 'Monatliche Teilzahlung!' featuring a woman and a child, with a list of goods for sale.

Advertisement for theater performances including 'Residenztheater', 'Zentraltheater', and 'Viktoria-Theater'.